

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Riesner Verlag, Riesa, Nr. 12.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Reichsregierung, des Reichspräsidenten, des Reichsgerichts, des Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postamt: Riesa 1830, Postfach Nr. 12.

Nr. 18.

Montag, 17. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Sonntags, gegen Vornahme, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kurier. Für den Fall des Scheiterns von Produktionsleistungen, Schließungen der Presse und Materialmangel behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 10 Pfennig; die 20 mm breite Reklamzeile 100 Pfennig; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Umtagsmäßige Unterhaltungsbeiträge: 10 Pfennig an der Hand. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Anzeigen- oder der Verlagsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bauer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Gitzel, Riesa.

Das neue Experiment.

Die Zentrumsfraction des Reichstags hat durch ihren Brief zu erkennen gegeben, daß sie den Versuch des Herrn Dr. Curtius für oportun hielt. So gewonnen auch die Formulierung dieser Zentrumserklärung ist, so stellt sie doch eine Tatsache fest: Sie hält den Versuch einer Bildung einer Regierung der Mitte für den gegebenen Weg. Womit sie allen anderen Behauptungen zum Trotz den Gedanken an die große Koalition im Augenblick wenigstens fallen läßt. Und doch, dieser Vorschlag des Zentrums, auf die Bildung einer Mittelregierung zurückzugreifen, erscheint fast noch überraschender als ihre in dem Brief dokumentierte Ablehnung der großen Koalition. Denn schließlich werden sich wohl alle Zentrumsführer inzwischen davon überzeugen haben, daß Angesichts der Haltung der Deutschnationalen und auch der Sozialdemokraten die Verwirklichung eines Minderheitskabinetts der Mitte noch schwieriger ist, als die Erweiterung der Koalition nach rechts oder ihre Anlehnung an die große sozialdemokratische Linke. Ein Kabinett der Mitte ist lebensunfähig. Man weiß, daß die Deutschnationalen diesmal mit ihrer Opposition ernst machen werden, falls sie nicht in die Regierung selbst einbezogen werden. Man weiß, daß zwar die Sozialdemokraten im Prinzip eine solche Regierung der Mitte nicht ablehnen wollen, aber dies nur unter Voraussetzungen, denen die Parteien der bürgerlichen Mitte auf keinen Fall zustimmen können. Hofft die Zentrumsfraction in Wirklichkeit, das Arbeitsgesetz und die Arbeitslosenversicherung mit der Sozialdemokratie aufzunehmen durchzuführen zu können? Der Vorschlag macht kein Hehl daraus, daß die Sozialdemokratie nicht anders kann, als auf ihre selbst von Zentrumseite für untragbar erklärten sozialpolitischen Forderungen zu bestehen. Da mit aller Bestimmtheit zu erwarten ist, daß die Deutschnationalen einem neuen Kabinett der Mitte dieselbe Politik entgegenstellen werden, die sie schon vor dem Sturz des Kabinetts Marx befolgten, daß sie also dann alle Nationalen anträge der Sozialdemokratie unterstützen werden, in dem Bestreben, hierdurch die Regierung zu zwingen, das klare Mehrheitsverhältnis zu schaffen, das allein einen stabilen Regierungskurs bedeuten könnte. Es genügt, diese Tatsache aufzuzeichnen, um das Ausschließen der Bemühungen, die zu einer Minderheitskoalition der Mitte drängen, zu offenbaren.

Die Willkür des Reichspräsidenten und seine Stellungnahme der ganzen Regierungstrife gegenüber sind durch die Reichsverfassung vorgeschrieben. Es war daher für Hindenburg eine Selbstverständlichkeit, nach dem Scheitern der Aufgabe Dr. Curtius' und besonders nach der Vorgeschichte dieses Mißerfolges nunmehr dem Zentrum selbst die Arbeit zur Lösung der Krise in die Hände zu geben. Der Parteivorstand von Weizsäcker präsentierte dem Reichspräsidenten als die geeignete Persönlichkeit für diese Arbeit den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx. Gleichgültig, ob nun Hindenburg an einen Erfolg der neuen Mission des Herrn Marx glaubt oder nicht, nach den parlamentarischen Gespinnstweben mußte er den präsentierten Kandidaten akzeptieren, was jedoch keinesfalls als ein persönliches Eingreifen des Reichspräsidenten zu bewerten ist. Werden die Bemühungen des Herrn Dr. Marx, falls er den Auftrag akzeptiert, einen Erfolg haben? Nach der parlamentarischen Lage, die wir weiter oben skizziert haben, kann diese Frage eher verneinend beantwortet werden als bejahend. Die Möglichkeiten für ein positives Ergebnis sind so gering, daß wohl selbst im Zentrum die Kombination Marx mit größerer Skepsis behandelt werden dürfte. Wie in den übrigen Parteien des Reichstages wird man auch hier die Mission des Herrn Marx mehr als ein Ubergangsstadium bezeichnen, denn als einen ernsthaften Schritt zur Bildung der Regierung. So dürfte die Kombination Marx in Wirklichkeit nur aufgestellt sein, um eben durchgezogen zu werden. Ein solches Durchziehen aller möglichen Kombinationen verleiht zwar die Dauer der Regierungstrife ins Endlose, aber es zeigt immerhin auch dem energiegeladener Anhänger aller dieser Kombinationen, daß sie mit ihren Vorschlägen auf dem Gollwege sind. Durch den klaren Beweis der Unmöglichkeit einer Theorie oder auch mehrerer Theorien kann schließlich auch für den, der sich schwer überzeugen läßt, die Erkenntnis werden, daß nur reale Möglichkeiten zu einer Lösung führen könnten. Der Auftrag des Dr. Curtius ist gescheitert. Aber mit ihm noch nicht die sachliche Mission, die Reichspräsident von Hindenburg ihm übertragen hat. Würde der neue Beauftragte denselben Weg gehen, den sein Vorgänger durchschritt, so könnte das Ergebnis seiner Bemühungen sich vielleicht doch so gestalten, wie die sachliche Mission des Herrn Curtius es vorsah. Das hätte jedoch zu bedeuten, daß Herr Dr. Marx im Gegensatz zu dem Brief der Zentrumsfraction den Versuch der Bildung einer Regierung der Mitte nicht mehr als den alleinigen geordneten Weg zur Beilegung der Krise ansieht.

Mittwoch Zusammentritt des Reichstags.

1) Berlin. Unbeschadet des Ausganges der Kabinettsbildung wird der Reichstag am Mittwoch nachmittags 3 Uhr zusammengetreten und sich zunächst mit kleineren Vorlesungen beschäftigen. Es handelt sich dabei um Vorlesungen, die von geringerer politischer Bedeutung sind und daher das Nebeneinander einer regierungsfähigen Koalition nicht unbedingt erfordern. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstages stehen die ersten Beratungen eines Entwurfs über die Regelung des Arbeitsvertrages an der deutsch-saarländischen Grenze und über eine Reichswohnanweisung.

Dr. Marx mit der Regierungsbildung beauftragt.

1) Berlin. Die Regierungstrife ist in ein neues Stadium dadurch eingetreten, daß der Reichspräsident v. Hindenburg am Sonntag nachmittag dem geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx beauftragt hat, sich um die Bildung eines Kabinetts zu bemühen.

Marx' Verhandlungen über ein Kabinett der Mitte.

1) Berlin, 16. Januar. Der Inhalt des Reichskanzlers Dr. Marx wird offiziell in folgendem Bericht mitgeteilt: Reichskanzler Dr. Marx hat dem Reichspräsidenten heute abend mitgeteilt, daß er den Auftrag, auf Grund des vorerwähnten Zentrumsvorschlages durch Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages die politische Lage und die Möglichkeiten der Regierungsbildung weiter zu klären, annimmt. Reichskanzler Dr. Marx wird demnach morgen mit den Parteiführern wegen der Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Mitte verhandeln.

Mit den Zentrumsführern v. Gumbert, Dr. Wirth, Gersch, Franz Tensch und dem Reichsarbeitsminister Dr. Brüning hatte Dr. Marx heute mittig im Reichstagsgebäude eine Besprechung, die nur von kurzer Dauer war. Die in parlamentarischen Kreisen vertriebt, wird Dr. Marx sich am Montag zunächst mit den Führern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigen, um festzustellen, ob ein Kabinett der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten durchzuführen ist. Der Reichspräsident der Deutschen Volkspartei tritt am Montag mittig an einer Sitzung zusammen, während die Fraktion sich erst am Mittwoch versammelt wird.

Mit den Fraktionsführern der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten will Dr. Marx erst verhandeln, nachdem er die Ansichten der Deutschen Volkspartei kennen gelernt hat.

Der „Montag" schreibt, er höre aus vollparteilichen Kreisen, daß die Deutsche Volkspartei es nicht ablehnen werde, in ein Kabinett unter der Leitung von Dr. Marx einzutreten, falls die Pläne von Dr. Marx in ihrer Gesamtrichtung den Wünschen der Volkspartei entsprechen, die auf eine große bürgerliche Koalition aber auf ein Kabinett der Mitte unter Anlehnung nach rechts abzielen. Nach den bisherigen Besprechungen aber dürfte ein solches Kabinett der Mitte mit Anlehnung nach rechts an dem Widerspruch der Deutschnationalen scheitern, die die Bindung wollen. Diese wäre der Volkspartei mindestens ebenso genehm oder noch lieber, als die bloße wohlwollende Duldung.

In der „Montagspost" heißt es: Für die Bildung einer Regierung der Mitte gibt es drei Möglichkeiten: Erstens die reine Mitte, d. h. eine Minderheitsregierung von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten ohne Bindung gegenüber der Opposition; zweitens die Regierung der Mitte in loser Verbindung mit der Linken; drittens die Regierung der Mitte in loser Verbindung mit der Rechten. Auch dieses Blatt teilt mit, daß die Deutsche Volkspartei die Regierung der Mitte in loser Verbindung mit der Rechten empfehlen werde.

Berliner Bestimmungen zur Regierungstrife.

Zu der Beauftragung Dr. Marx, die Möglichkeiten einer Regierungsbildung weiter zu klären, schreibt die „Germania": Seine Versuche müssen zunächst darauf gerichtet sein, die Zusammenarbeit der Koalition der Mitte von neuem zu sichern und sodann für diese Koalition den nötigen parlamentarischen Rückhalt durch Gewinnung einer Mittelpartei zu finden. Die Hauptpriorität liegt in dem gespannten Verhältnis zwischen der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten. Das Blatt erörtert sodann die außenpolitischen Momente, die für die Regierung der Mitte sprechen und betont, als bemerkenswertes Ereignis am Ende der ersten Woche der Regierungsverhandlungen sei das streng verfassungsmäßige Vorgehen des Reichspräsidenten zu verzeichnen. Alle Meldungen über Art. 48 haben sich als Enten erwiesen. Das „Tageblatt" spricht die Hoffnung aus, daß nunmehr binnen wenigen Tagen das neue Kabinett der Mitte wieder auf festen Füßen stehen möge. — Der „Völkischen Zeitung" zufolge wird Dr. Marx heute vormittag Besprechungen mit Graf Westarp und Müller-Frankau abhalten. Entscheidend dafür, daß Marx die Möglichkeit einer Kabinettsbildung im Sinne des Zentrums als gegeben ansehen werde, werde das Verhalten der Sozialdemokratie sein, die vermutlich bestimmte sachliche und personelle Zusicherungen für die Unterhaltung eines Kabinetts der Mitte fordern werde. — Die „Tägliche Rundschau" äußert zu der Frage der Unterhaltung der Regierung der Mitte durch die Sozialdemokraten, wenn auch Zentrum und Demokraten bereit sein sollten, Zugeständnisse zu machen, so würden doch Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei diesen Schritt unter keinen Umständen mitmachen. Deshalb werde die Sehnsucht nach einem linksorientierten Kabinett der Mitte wohl ungestillt bleiben. Das Blatt hält noch wie vor das Kabinett der Mitte mit Anlehnung nach rechts für die einzige ernst zu nehmende Möglichkeit. — Dem „Völkischen" zufolge beabsichtigt man in parlamentarischen Kreisen nicht, daß Marx den Auftrag annehmen werde.

Nach der ganzen Sachlage können die offiziellen Sondierungen aber nur zu einem negativen Ergebnis führen. — Für den Fall eines Scheiterns der Mission Marx sieht die „D. N. Z." für das Zentrum eine neue Lage, aus der es nur einen einzigen Ausweg gebe, nämlich Verhandlungen mit den Deutschnationalen, da eine Auflösung des Reichstags in allen politischen Kreisen als Verhängnis und Unmöglichkeit betrachtet werde.

Besprechungen zur Kabinettsbildung.

Berlin. (Montag.) Im Reichstagsgebäude trat heute vormittag gegen 11 Uhr der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Gegenwart des Parteiführers Dr. Gumbert zu einer Sitzung zusammen, um über die Möglichkeit der von Reichskanzler Dr. Marx zunächst in Aussicht genommenen Regierung der Mitte unter Anlehnung nach links zu beraten. Wie das Nachrichtenbüro des Reichs Deutscher Zeitung verlautet, beschäftigt Reichskanzler Dr. Marx, außer den Besprechungen der Fraktion Dr. Gumbert zu empfangen, um sich von ihm über die Haltung der Deutschen Volkspartei zu erkundigen, auch mit dem Führer der Deutschnationalen Dr. Koch und dem Führer der Sozialdemokraten Abgeordneten Müller-Frankau in Rücksprache genommen.

Der bayerische Ministerpräsident Feld zur Regierungstrife.

1) Berlin. a. S. Auf dem Vorabend der Bayerischen Volkspartei der Reichstag der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld eine Rede, in der er u. a. ausführte, für eine erfolgreiche Außenpolitik sei eine deutsche Regierung notwendig, die auf lange Sicht disponieren könne und auf einer gesicherten Mehrheit beruhe. Man solle daher fragen, welche Parteien bereit seien, ohne parteipolitischen Eigennutz und mit Blick auf das Ganze an die Lösung der Frage heranzutreten. In diesem Zusammenhang richtete Ministerpräsident Dr. Feld einen Appell an alle am Boden des deutschen Staates Stehenden, sich zusammenzuschließen. Insbesondere müßten sich auch alle katholischen Volksteile aufeinanderfinden. Der Ministerpräsident betonte, daß die bayerische Volkspartei trenn zum Reich stehe und daß die Länder ohne das Reich nicht existieren können.

Notwendige Reformen.

1) Berlin. Aus parlamentarischen Kreisen wird mitgeteilt, daß die Deutschnationalen, dem Reichstags eine Kritik an baldige Verhandlung der Wahlrechtsreform, der Reichswehrreform und der Ausführungsbekanntmachungen des Artikels 48 vorzulegen. Das die Reichswehrangelegenheit betrifft, so hören wir von zuständiger Stelle, daß eine längere Diskussion über die notwendige Reform innerhalb der Reichswehrverbände im Parlament sich erübrigen wird, da in den letzten Tagen das Verhältnis der Reichswehr zu den illegalen Verbänden durch Verordnungen und Erlasse des Reichspräsidenten eine Regelung gefunden haben. Die ganze Angelegenheit sei schon jetzt bereinigt und es liegt nicht im Interesse Deutschlands länger bei der Frage der Umorganisation der Reichswehr zu verweilen als unbedingt notwendig ist. Auf Behandlung der Wahlrechtsreform werden auch die anderen Parteien drängen. Dies um so mehr, als sich nach dem Scheitern der Verhandlungen des Ministers Curtius über die Regierungsbildung die Möglichkeit baldiger Neuwahlen gezeigt hat und es außerordentlich bedauerlich wäre, wenn die Neuwahlen ausgeschrieben würden, ohne daß die Reform durchgeführt sei. Das Gesetz ist in seinen Grundzügen vom Kabinett in der veränderten Form aufgegeben worden. Es wäre also durchaus möglich, daß die Wahlrechtsreform schon in kürzester Frist den Parteien zur Beschlussfassung zugeht, so daß bei eintretenden Neuwahlen nach dem neuen Gesetz gewählt werden kann. Ebenfalls haben die Ausführungsbekanntmachungen über den Artikel 48 die Zustimmung des Kabinetts Marx bereits gefunden. Es ist also damit zu rechnen, daß das Parlament sich bald mit der Angelegenheit beschäftigen kann.

Die Räumungsfrage.

1) Paris. Die Diskussion über die Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung nimmt in der französischen Presse ihren Fortgang. Im Echo de Paris schreibt gestern der der Republikanischen Union angehörende Pariser Deputierte und Vorsitzende der nationalen Frontkämpfervereinigungen Gen. daß die Räumungsfrage noch gar nicht entschieden hätten. Unter den aktuellen Bedingungen werde von der Räumung erst am das Jahr 1942 herum die Rede sein können. — Demgegenüber bezeichnet der Quotidien die Räumung des Rheinlandes als die notwendige Bedingung für die Wiederherstellung. Im nationalen Interesse müßte man die Zurückziehung der französischen Truppen beschleunigen und über die Rheinlandräumung verhandeln. Auch das Centre feht sich für die Rheinlandräumung ein, ohne die eine deutsch-französische Annäherung nicht möglich sei.